

Diese Regelung, die auch dem derzeit geltenden Vertragsmuster entspricht, mag zunächst als unbillige Härte für den Autor erscheinen, dem ein Werk zum Zwecke der Verwendung durch Rundfunk und Fernsehfunk in Auftrag gegeben wird. Jedoch darf man nicht verkennen, daß die allgemeinpolitischen und kulturpolitischen Aufgaben des Rundfunks und Fernsehfunks von den allgemeinen, einem möglichen Wandel unterworfenen Verhältnissen und Umständen abhängig sind und sich nach diesen zu richten haben. Dieser Tatsache mußte bei der Regelung der Vertragsbeziehungen zwischen dem Urheber und dem Rundfunk bzw. Fernsehfunk in angemessener Form Rechnung getragen werden.

Der Urheber hat jedoch das Recht, seine dem Rundfunk oder Fernsehfunk übertragenen Rechte anderen — auch ausländischen — Rundfunk- oder Fernsehstationen zur Nutzung zu überlassen, es sei denn, daß die Ausschließlichkeit des Senderechts ausdrücklich vereinbart ist (§ 67 Abs. 2 URG).

Im Rahmen der bereits erwähnten Vergütungen, die der Rundfunk bzw. der Fernsehfunk dem Urheber für die Verwendung seiner individuell-schöpferischen Arbeiten zu zahlen hat, ist der Rundfunk bzw. der Fernsehfunk berechtigt, das betreffende Werk zu Sende-

zwecken akustisch und optisch wahrnehmbar aufzuzeichnen und die in dieser Weise entstandenen Vervielfältigungen auch zu Wiederholungszwecken zu verwenden.

Unbeschadet der besonderen Bestimmungen der §§ 66, 67 URG gelten natürlich auch die allgemeinen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes für den Autor, der mit dem Rundfunk bzw. dem Deutschen Fernsehfunk einen Nutzungsvertrag abschließt. Das bedeutet, daß die Vertragsmuster, auf die hinsichtlich der Regelung von Einzelfragen im Gesetz ausdrücklich Bezug genommen ist, den Grundprinzipien des sozialistischen Urheberrechts entsprechen, d. h., unter Beachtung der kulturpolitischen Aufgaben des Rundfunks und Fernsehfunks die schöpferische Tätigkeit der Urheber gewährleisten müssen. Das gilt auch für die gesetzliche Lizenz des § 32 Abs. 2 URG, wonach der Rundfunk bzw. der Deutsche Fernsehfunk das Recht hat, ohne Einwilligung des Urhebers ein veröffentlichtes Werk zu senden. Auch hier darf das Werk durch die Sendung nicht verändert werden: der Name des Urhebers ist in üblicher Form anzugeben; der Urheber ist von der Sendung zu benachrichtigen, und ihm steht für die Sendung ein Entgelt zu, das den allgemeinen Honorarordnungen entspricht.

Oberrichter Dr. KURT COHN, Mitglied des Präsidiums des Obersten Gerichts

Verletzungen der Urheberrechte und Rechtsschutz des Urhebers

Der Rechtsschutz soll die Verwirklichung des materiellen Rechts sichern, also dessen Verletzung nach Möglichkeit verhindern, notfalls aber ausgleichen. Da das URG in erster Reihe der Förderung geistig-schöpferischer Tätigkeit dient, müssen durch seine Bestimmungen insbesondere die Persönlichkeitsrechte des Urhebers — und der ihm in gewisser Beziehung Gleichstehenden, insbesondere der nachschaffenden Künstler — grundsätzlich in jeder Gestaltung und in jedem Stadium seiner Leistungen geschützt werden, also auch dann, wenn die Verletzung keinen materiellen Schaden verursacht hat und auch keine Wiederholungsgefahr besteht. Die Bestimmungen der §§ 91 bis 94 URG entsprechen diesen Erfordernissen.

Im Vordergrund steht der *Anspruch auf Wiederherstellung des gesetzmäßigen Zustandes* (§ 91 Abs. 1 Satz 1 URG). Richtiger wäre allerdings, von der *Herstellung* dieses Zustandes zu sprechen; denn es muß auch die erst in der Zukunft liegende Erfüllung gesetzlicher und vertraglicher Pflichten gesichert werden, z. B. der ordnungsmäßige Abdruck des Manuskripts, von dem der Verleger erkennbar abweichen will¹. Die Frage der Vollstreckung eines solchen Urteils ist nicht diskussionsbedürftig, da wir nicht bezweifeln, daß volkseigene Bühnen, Verlage usw. ein rechtskräftiges Urteil erfüllen werden, und auch von den bei uns bestehenden privaten Verlagen kann dasselbe angenommen werden². Im äußersten Falle wäre das Ministerium für Kultur zum Einschreiten verpflichtet.

Entsprechend der Mannigfaltigkeit der möglichen Verletzungen der Rechte des Urhebers sind die Maßnahmen zur Herstellung des gesetzmäßigen Zustandes im Ge-

setze nicht beispielhaft oder gar abschließend aufgezählt. Der Urheber wird alles das verlangen können, was zur Durchsetzung seines gesetzlichen oder vertraglichen Rechts erforderlich ist, aber auch nicht mehr. Soweit das praktisch ausführbar ist, werden z. B. bei der Vervielfältigung des Abdrucks oder des Films nur die urheberrechtswidrigen Teile wegzulassen oder zu ändern sein; bei räumlich geringfügigen unzulässigen Teilen eines Druckwerks kann u. U. ein Korrekturzetteln genügen.

In Übereinstimmung mit der bisherigen Rechtsprechung ist gemäß § 91 Abs. 1 Satz 2 URG auch der *Unterlassungsanspruch* zulässig, falls weitere Rechtsverletzungen zu erwarten sind (Wiederholungsgefahr). Im Zusammenhang damit wird man in schwerwiegenden Fällen bei umfangreichen Plagiaten oder Nachdrucken die Vernichtung von Druckwerken oder Bildern, aber auch von Druckplatten u. ä. für zulässig halten müssen. Daß entsprechende Vorschriften des § 42 LUG und des § 37 KUG nicht übernommen worden sind, steht dem nicht entgegen, da — ebenso wie bei der Herstellung des gesetzmäßigen Zustandes — auch beim Unterlassungsanspruch keine konkret zu treffenden Maßnahmen angeführt sind. Das noch weitergehende Recht des Urhebers auf Übernahme der Vorrichtungen, Druckplatten u. ä., (§ 43 LUG, § 38 KUG) besteht dagegen nicht mehr, da es zur Vermeidung von Wiederholungen der Rechtsverletzung nicht erforderlich ist. Dagegen wird der Rechtsverletzer, um die Kosten der Vernichtung der Platten zu sparen, diese dem Urheber oder dem sonstigen Berechtigten gratis oder auch gegen eine für diesen tragbare Vergütung zur Verfügung stellen können.

Bei völligem Abschluß der Rechtsverletzung (Ausverkauf des Buches, Abspielen des Films usw.) und Unbeweisbarkeit einer Wiederholungsgefahr hatte der Urheber bisher — vom Schadenersatz abgesehen — keine Ansprüche, was sich z. B. bei Verstümmelungen und Entstellungen des Textes oder bei Unterlassung der

¹ Die Klage auf künftige Leistung nach § 259 ZPO ist hier zulässig, da die beabsichtigte unzulässige Abweichung von der vereinbarten Leistung dem Sichertziehen von dieser Verpflichtung im Sinne dieser Bestimmung gleichsteht.

² Allenfalls wird gelegentlich die — unrichtige — Auffassung bestehen, man könne die Kassationserledigung, d. h. die Ablehnung einer Kassationsanregung oder das Urteil des Kassationsgerichts, abwarten. Diese Einstellung kann aber, falls das Urteil nicht tatsächlich im Kassationsverfahren aufgehoben wird, höchstens zu einem begrenzten Aufschub führen.